

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 25

Artikel: La drôle de paix : eine Chronologie zu den sowjetischen Besorgungen für Frieden und Sicherheit in Europa
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz

La drôle de paix

Eine Chronologie zu den sowjetischen Besorgungen für Frieden und Sicherheit in Europa

In ihrer Eigendarstellung ist die Sowjetunion eine Bastion von Frieden und Sicherheit. Sie lässt sich diese Rolle ferner in den Dokumenten der internationalen kommunistischen Konferenzen bescheinigen, teilweise in wörtlicher Wiederholung entsprechender sowjetischer Texte.

Die Sowjetunion bejaht ihre Bemühungen um kollektive Sicherheit im Jahre 1939: Es war ihr Bündnis mit Hitler!

Die «Sicherheit der Völker» und insbesondere der Europäer will die Sowjetunion seit Jahrzehnten durch ein kollektives Sicherheitssystem gewährleisten. «Die UdSSR ist die konsequenteste Kämpferin für die Errichtung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit», heisst es im Rechtswörterbuch («Jureditscheskij Slovar», Moskau 1956, Bd. I, S. 437). Schon in den dreissiger Jahren war sie in der Ausarbeitung von Vorschlägen, Vertragsentwürfen und diplomatischen Vorstössen in diesem Sinne unermüdet. «Unter den Mitgliedern des Völkerbundes war es allein die Sowjetunion, welche mit Unterstützung einer Anzahl kleiner Länder die Idee der kollektiven Sicherheit entschieden und konsequent bejahte (Grosse Sowjetzyklopädie, 2. Ausg., Bd. 21, S. 620).

Gerade weil die diesbezüglichen sowjetischen Anstrengungen noch heute in offizieller Lesart betont gutgeheissen werden, ist es unerlässlich, auf ihr konkretes Ergebnis hinzuweisen, nämlich auf das Bündnis der UdSSR mit Hitlerdeutschland, zwecks gemeinsamer militärischer Aggression gegen Polen und gemeinsamer Aufteilung Osteuropas.

Die UdSSR hatte zuerst die Völker der Welt zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems gegen Hitler aufgerufen, bis sie dann mit ihm zuerst einen Nichtangriffspakt (am 23. 8. 1939) und darnach ein Freundschafts- und Grenzabkommen (am 28. 9. 1939) schloss. Und jetzt die Sowjetzyklopädie: «Auf internationalen Konferenzen während des Zweiten Weltkrieges 1939 bis 1945 erreichte die sowjetische Diplomatie, dass die kollektive Sicherheit zu einem der Grundprinzipien des heutigen Systems der internationalen Sicherheit und der UNO-Charta wurde.»

Man hat im Westen diese unentschuldbaren Vertragswerke dort, wo sie sich nicht verschweigen lassen, mit besonderen historischen Umständen gerechtfertigt. Um so interessanter ist es, dass die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung durch ihr Verhalten zu erkennen gibt, wie sehr sie sich der Tatsache bewusst ist, dass sich das nicht rechtfertigen lässt. In den beiden offiziellen Dokumentensammlungen («Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion») und «Die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der UdSSR») wird auf das Grenz- und Freundschaftsabkom-

men vom 28. September 1939 so wenig Bezug genommen wie auf die gemeinsame deutsch-sowjetische Regierungserklärung vom gleichen Tag.

In den historischen Werken der Sowjetunion wird lediglich der Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 erwähnt, und auch das unter Verschweigung des Zusatzprotokolls («Teilungsvertrags»). Dieses hatte Polen nach Interessengebieten der beiden Mächte aufgeteilt. Hitler okkupierte am 1. September 1939 «seinen» Teil (was die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland zur Folge hatte) und forderte am 3. September die Sowjets auf, «ihren» Teil ebenfalls an sich zu nehmen. Stalin kam am 17. September der Einladung seines Verbündeten nach; die deutschen Truppen besorgten für den Vormarsch der Roten Armee, der sie bis zur vereinbarten Demarkationslinie das bereits eroberte Gebiet überliessen, den Ordnungsdienst. Am 25. September 1939 fand in Brest-Litowsk eine gemeinsame deutsch-sowjetische Parade statt.

Wie wird die gemeinsame Okkupation Polens durch die beiden verbündeten Mächte von der sowjetischen Geschichtsschreibung behandelt? Man nennt einerseits den Ueberfall Hitlerdeutschlands immerhin eine Aggression, bezeichnet aber den im Einvernehmen mit Hitler durchgeführten sowjetischen Einmarsch als «Verteidigung von Leben und Vermögen der westukrainischen und weissrussischen Bevölkerung» (z. B. «Die Geschichte der internationalen Beziehungen . . .», zitiertes Werk, Band 2, Moskau 1962).

Nach dem Krieg: Die Neuordnung Europas wird fortgesetzt

Nachdem die Sowjetunion ihre Bemühungen um kollektive Sicherheit Seite an Seite mit Hitler verwirklicht hatte (dadurch, dass sie die mit Hitler vereinbarten Gebiete behalten hat, hat das nationalsozialistisch-sowjetsozialistische Bündnis seine Kontinuität bis auf den heutigen Tag bewahrt, wie denn auch Hitlers «Neuordnung Europas» in Osteuropa noch immer weiter besteht), begannen die sowjetischen Sicherheitsanstrengungen nach dem Zweiten Weltkrieg auf erweiterter Grundlage von neuem.

Stalin startete 1949 die Friedensbewegung, um durch den Druck der Weltöffentlichkeit auf die angeblich imperialistischen Regierungen den «demokratischen Frieden» zu sichern.

Nach Stalins Tod wurde das Motiv der europäischen Sicherheit im ganzen Ostblock forciert. Am 2. Dezember 1954 ging in Moskau die «Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa» zu Ende. Teilnehmer waren die europäischen Ostblockländer und China, gesprochen wurde im Namen aller europäischen Völker. Die Deklaration ver-

Wie weit die künftige europäische Sicherheitskonferenz unter sowjetischen Vorzeichen stehen wird, bleibt noch zu sehen. Aber weil sie von sowjetischen Vorstellungen aus angegangen wird, sind diese in erster Linie anzusehen. Wir beginnen in dieser Nummer mit einer Geschichte der sowjetischen Bemühungen um die europäische Sicherheit, angefangen bei 1939, was schon deshalb legitim ist, weil die Sowjets die Vortrefflichkeit ihrer Vorkehrungen für Frieden und Sicherheit in jener Zeitperiode durchaus bejahen. Doch haben die Sicherheitsbestrebungen auch in der viel jüngeren Vergangenheit unter interessanten historischen Umständen stattgefunden.

langte ein europäisches kollektives Sicherheitssystem anstelle abgeschlossener militärischer Gruppierungen. Durch einen gesamteuropäischen Vertrag sollte ein allfälliger Ueberfall auf einen oder mehrere Staaten in Europa als Ueberfall auf alle Mitglieder betrachtet werden («Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit in Europa, Dokumente 1954—1967», Berlin-Ost 1968). 23 Monate später überrannte die Initiantin dieser Deklaration, die UdSSR, ihren eigenen Verbündeten, Ungarn.

Am 20. Juli 1955 unterbreitete die Sowjetunion auf der Genfer Viermächtekonferenz einen Entwurf «zu einem gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa». Genannt wurden Gewaltverzicht, gegenseitige Konsultationen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Nichtbeteiligung an aggressiven Bündnissen (Moskau würde schon sagen, was aggressiv sei!) usw. Konkret wurde die Bildung eines ständigen politischen Beratungsausschusses zur Vorbereitung entsprechender Empfehlungen an die Regierungen vorgeschlagen.

Die weiteren sowjetischen Vorstösse wurden nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution kurzfristig unterbrochen, nahmen aber dann ab 1958 wesentlich konkretere Gestalt an. Die heutigen Anstrengungen zur baldigen Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz greifen eigentlich auf die Warschauer-Pakt-Erklärung von 1958 zurück, in welcher noch eine Gipfelkonferenz, die Einstellung der Kernwaffenversuche, die Schaffung kernwaffenfreier Zonen und ein Nichtangriffspakt zwischen den Staaten von NATO und Warschauer Pakt gefordert wurde. Dieses Programm wurde gleichzeitig von 15 europäischen kommunistischen Parteien unterstützt. Am 15. Juli 1958 unterbreitete die Sowjetregierung den europäischen Ländern und den USA einen neuen Entwurf «für einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten». Er hielt sich im angelegenen und dialektisch interpretierbaren Rahmen. Das gleiche gilt für den späteren sowjetischen Entwurf vom 20. Februar 1963 für einen Nichtangriffsvertrag zwischen den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Paktes.

Die ursprüngliche Parallele einer Sicherheitskonferenz für Asien wurde fallengelassen: China war nicht so traktabel wie der Westen

Die Idee der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz wurde in ihrer heutigen Version später aufgegriffen, zunächst allerdings als Bestandteil einer umfassenden «Friedensoffensive» mit zwei weiteren Hauptgewichten, nämlich einer gesamtasiatischen Sicherheitskonferenz und einer Weltkonferenz für Abrüstung.

Allerdings war Europa schon von Anfang an das Hauptanliegen der sowjetischen Diplomatie. Die Idee der kontinentalen Sicherheitskonferenz

selbst wurde in zwei Varianten vorgetragen: Neben der Konferenz der Staaten wollte man noch eine solche der Völker. Diese war jedoch eindeutig als Druckmittel auf die europäischen Regierungen gedacht und wurde denn auch fallengelassen, als Westeuropa positiv auf die ständigen sowjetischen Aktionen zu antworten begann. Dass man die Völkerkonferenz tatsächlich als taktisches Pressionsinstrument verlangte, machte das Hauptdokument der kommunistischen Weltkonferenz vom 17. Juni 1969 in Moskau klar (vgl. Informationsbulletin, Wien, Nr. 11 bis 15/1969): «Die Organisation eines umfassenden Kongresses der Völker Europas, der die Einberufung einer europäischen Staatenkonferenz vorbereiten und erleichtern würde, ist die vorrangigste unter diesen Friedensinitiativen.» Die angerufenen «Völker» wären natürlich durch ihre prosovjetschen Segmente «vertreten» gewesen. Indessen wurde diesem «Völkerkongress» niemals ein Programm oder eine Tagesordnung gegeben.

Was die Parallelkonferenz für Asien angeht, konnte die Sowjetunion wegen der entschiedenen Opposition Chinas mit ihren Vorschlägen nie recht durchdringen und liess den Gedanken schliesslich mehr oder weniger fallen. Es heisst in Kapitel III, Punkt 4, des schon erwähnten Konferenzdokumentes von 1969: «Neben den Aufgaben (der Friedenssicherung), die einen generellen Charakter tragen, gibt es im Friedenskampf höchst wichtige Aufgaben mehr spezifischen oder regionalen Charakters, die der Gewährleistung der Sicherheit auf einzelnen Kontinenten oder in einzelnen geographischen Zonen zum Inhalt haben.» Darnach aber wird nur über

Europa gesprochen. Auf seltsame Weise äusserte sich 1969 noch der Oberste Sowjet zu diesem Thema: «Die Sowjetregierung ist bereit, Verhandlungen und Konsultationen zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Asien zu führen. Die westliche Propaganda versucht die Sache so hinzustellen, als wäre... (das) gegen irgendein Land gerichtet, was natürlich Lüge ist» («Sowjetunion», Moskau 10/1969). Hübsch ist hier der Versuch, die chinesischen Einwände als «westlich» einzustufen und abzutun; ein Zeichen dafür, wie unbehaglich man sich dem ganzen Komplex gegenüber fühlte. Jedenfalls kam es nie zu konkreteren Vorschlägen, beispielsweise etwa einer Tagesordnung.

Als weitere Parallele stand im Juni 1969 noch die Abhaltung eines antiimperialistischen Weltkongresses zur Debatte. Anscheinend aber liebäugelte Moskau mehr pro forma mit diesem Gedanken, der offenbar seine Anhänger hauptsächlich in einigen lateinamerikanischen KP's hatte. Ein solches Unternehmen hätte die Frage der chinesischen Beteiligung aufgeworfen; da ist man lieber vorsichtig.

Traktanden, Voraussetzungen und Unabdingbarkeiten je nach dem

Was die europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit angeht, so zeigen die sowjetischerseits vorgeschlagenen Programmpunkte seit 1966 beträchtliche Schwankungen.

Zunächst hatte man einen ganzen Katalog von Traktanden aufgestellt. Später schränkte man ihn stufenweise ein, und heute gilt das Motto: Haupt-

sache, dass wir zusammenkommen und verhandeln, die Tagesordnung braucht nur jene Probleme zu enthalten, über die man sich leicht verständigen kann.

Das ist eine mehrfach erprobte sowjetische Taktik. Der unter Moskauer Führung stehende Weltgewerkschaftsbund (WGB) zum Beispiel hatte sie angenommen, als es ihm darum ging, mit anderen Gewerkschaften (christlichen, sozialdemokratischen usw.) ins Gespräch zu kommen. Das WGB-Programm vom Oktober 1961 verzichtete nach Darlegung aller Möglichkeiten zu gemeinsamen Zielsetzungen und Lösungen freiwillig auf die Forcierung von Fragen, bei denen es keine Einigkeit gab.

Eine aufschlussreiche Entwicklung nahm die Ausklammerung kontroverser Punkte bei der kommunistischen Weltkonferenz vom Juni 1969 in Moskau. Im Budapester Vorbereitungstreffen dazu (März 1969) war auf Wunsch der Mehrheit beschlossen worden, die chinesische Frage in Moskau nicht aufzuwerfen. Mit dieser Zusage brachte die KPdSU die seit 1965 immer wieder verschobene Konferenz überhaupt zustande. Trotzdem wurde die Konferenz dann eine Plattform antichinesischer Angriffe, die Brezhnev persönlich einleitete und in schärfster Form vortrug; nachdem die Konferenz unter sowjetischen Vorzeichen Wirklichkeit geworden war, fühlte er sich an die vorangegangene Vereinbarung nicht mehr gebunden.

Die Traktandenliste einer europäischen Sicherheitskonferenz nahm erstmals im Juli 1966 Gestalt an (zuvor waren an Konferenzen nicht-

Die DEUTSCHEN STUDIEN haben mit ihren Beiträgen zur Klärung der politischen Begriffswelt beider Systeme in Deutschland in ihren nunmehr neun Jahrgängen einen Leserkreis gewonnen, der nach gründlicher Information verlangt und sich mit dem Gebrauch unüberprüfter Vokabeln nicht zufriedengibt.

Die DEUTSCHEN STUDIEN bringen Aufsätze, Berichte, Dokumentationen, Beiträge zur Kulturkommunikation und Erstübersetzungen aus osteuropäischer Literatur.

deutsche studien

Vierteljahreshefte

Aus den Themen des Jahrgangs:

Emanzipation: ein Begriff und seine Okkupanten – «Öffentliche Meinung» und Gesellschaftsordnung – Die Macht und ihr Widerspruch: Tito und Milovan Djilas – Bonn = Weimar minus Rapallo: Das sowjetische Deutschlandbild – Epitaph auf den Reformkommunismus – Planungssysteme der DDR 1970/71: Abkehr vom NÖS? – Gibt es eine politische Fachsprache? – Heinrich Mann: ein deutsches Aergernis – Die Kunstpolitik der SED in ihrem Widerspruch.

Aus Heft 36 (Dezember 1971):

Das nachliberale Zeitalter: Gesellschaft im Wandel – Für und wider die Pressefreiheit: Der Fall der «New York Times» – Nationale Dialektik in der DDR am Beispiel der Schönen Literatur – Das Bildungssystem der DDR – Wechselseitigkeit der historischen Kulturbeziehungen.

Chefredaktion: Dr. Karl Heinz Gehrman, Ost-Akademie, Lüneburg

Preis des Einzelheftes 5,30 DM, Jahresabonnement 18,- DM, Zweijahresabonnement 32,- DM, zuzüglich Zustellgebühr. Probehefte werden kostenlos zugesandt.

OTTO MEISSNERS VERLAG
SCHLOSS BLECKEDE

Otto B. Roegele
1 Die Zukunft der
Massenmedien

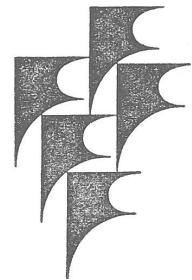
H.-J. Wasserburger
4 Wieviel Tier
ist der Mensch?

Gerd Krämer
7/8 Wie fern ist
uns Olympia?*

Eduard Verhülsdonk
12 Logenplatz
im Universum

Texte + Thesen

Band DM 4,-
* Doppelband DM 6,-



Erwin K. Scheuch
2 Haschisch
und LSD
als Modedrogen

Rolf Geyer
5 Entspannung
Neutralität
Sicherheit

Herwig Gückelhorn
9 Inflation –
Schicksal
oder Schuld?

Helmut Schoeck
13 Ist Leistung
unanständig?

Anton Böhm
16 Die Lage der
Nation –
moralisch

Golo Mann
3 Von Weimar
nach Bonn

Anton Böhm
6 Ost – West
Konfrontation
oder Koexistenz?

Otto Gritschneider
10 Ehescheidung
in der Reform

Hans Ludwig Zankl
14 Image und
Wirklichkeit

Nicolaus von Grote
17 Stimmen aus
dem sowj.
Untergrund



Verlag A. Fromm

45 Osnabrück · Postfach 19 48

K.-Th. Fhr.
zu Guttenberg
11 Die neue
Ostpolitik

Helmut Kohl
15 Hausputz hinter
den Fassaden

Pascual Jordan
18 Wie frei
sind wir?

regierender KPs in der ersten Jahreshälfte einige Punkte angetönt worden).

Damals tagte der Beratende Politische Ausschuss des Warschauer Paktes in Bukarest. Er schlug ausdrücklich eine europäische Sicherheitskonferenz vor. Als Voraussetzung zum kontinentalen Frieden und als Traktanden der Konferenz wurden genannt (Informationsbulletin Nr. 12/1966):

1. Anerkennung des territorialen Status quo in Europa
2. Lösung der deutschen Frage:
 - a) Anerkennung zweier unabhängiger deutscher Staaten;
 - b) Verzicht Bonns auf die Alleinvertretung;
 - c) kein Zugang Bonns zu Kernwaffen;
 - d) Ungültigkeit des Münchner Abkommens von 1938 ex tunc;
 - e) Normalisierung der staatlichen Beziehungen aller europäischer Staaten zur DDR;
 - f) über Entspannung zur deutschen Wiedervereinigung in Form eines «wirklich friedliebenden demokratischen deutschen Staates».
3. Gleichzeitige Auflösung der bestehenden Militärbündnisse
An ihre Stelle kommt als Endziel ein System der kollektiven Sicherheit.
4. Teilmassnahmen:
 - a) Abschaffung ausländischer Militärstützpunkte;

- b) Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien;
- c) Verminderung der Streitkräfte;
- d) Bildung atomwaffenfreier Zonen;
- e) Einstellung von Flügen ausländischer Flugzeuge mit Atom- oder Wasserstoffbomben über Europa.

5. Entwicklung einer gleichberechtigten internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit

**Die «gesellschaftliche Unterstützung» für die zwischenstaatlichen Vorschläge:
Darf z. B. Heath die nach seiner Meinung fortschrittlichen Kräfte in der UdSSR auch staatlich unterstützen?**

Die Bukarester Konferenz erklärte, bei Annahme dieser Forderungen sei die «Normalisierung» der Lage in Europa möglich. Die entsprechenden Punkte bildeten dann drei Jahre lang die Grundlage der sowohl vom Ostblock als auch von den internationalen kommunistischen Konferenzen vorgeschlagenen Tagesordnung.

Den nächsten Schritt zur Propagierung der Sicherheitskonferenz bildete die Karlsbader Tagung der kommunistischen Parteien im April 1967. Hier wollte man der staatlichen Initiative eine «gesellschaftliche Unterstützung» geben. Das «Aktionsprogramm zur Schaffung der kollektiven Sicherheit», das diese «gesellschaftlichen Kräfte» vorlegten, war identisch mit dem Vorschlag des Warschauer Paktes. Wesentlich ausführlicher geriet aber der Punkt über Deutschland: «Konsequenter Schutz und konsequente

Entwicklung der Demokratie in Deutschland.» Dazu sollte der Kampf der «fortschrittlichen Kräfte» für das Verbot neonazistischer Organisationen jeder revanchistischen Propaganda, ferner für die freie Tätigkeit aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, für die Aufhebung des KPD-Verbotes «allseitig unterstützt werden».

Für die Einteilung in diese Kategorie von gut und böse wären natürlich die im kommunistischen Sinne «fortschrittlichen Kräfte» zuständig. Auch der Punkt über die Teilabkommen wurde präzisiert: Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Zentraleuropa und auf dem Balkan; Zonen eingefrorener Rüstung, Friedens- oder Zusammenarbeitszonen im Donauraum, im Mittelmeerraum und in Nordeuropa. In diesem Zusammenhang tauchte schon die Idee einer Neutralisierung der europäischen kapitalistischen Staaten auf. Die Unantastbarkeit neutraler Länder werde respektiert.

1968 beweist die UdSSR am tschechoslowakischen Beispiel, was sie unter «Unantastbarkeit der Grenzen» versteht – und überzeugt mit dieser Lektion den Westen von ihren Friedensabsichten

Die tschechoslowakischen Ereignisse, die Ausrufung der Breschnew-Doktrin am 12. November 1968 und die Verkündung, die friedliche Koexistenz sei zwischen sozialistischen Staaten ungültig, beeinträchtigten die weitere Friedenspropaganda («Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen!» – mit Ausnahme der tschechoslowakischen...) nicht sehr lange.

Am 17. März 1969 richtete der Beratende Politische Ausschuss des Warschauer Paktes einen Appell an alle europäischen Länder (Informationsbulletin Nr. 6/1969). Dass man sich von der tschechoslowakischen Lektion eine einschüchternde Wirkung versprach, zeigte der herrische Ton. Der Aufruf griff jene Kräfte an, welche die Spaltung Europas wollten (wer schliesst denn die Grenzen?) und gegen eine Sicherheitskonferenz seien. Man müsse endlich von den allgemeinen Friedenserklärungen übergehen zu Taten und Massnahmen. Als Voraussetzung wurde jetzt nur noch der Deutschlandpunkt im Sinne der Karlsbader Erklärung angeführt und die Anerkennung des Status quo verlangt.

Die kommunistische Weltkonferenz vom Juni 1969 schloss sich dem Karlsbader Programm ebenfalls an. Von auffallender Deutlichkeit war immerhin die Formulierung, die Europäer sollten «Herr auf ihrem Kontinent ohne Einmischung der USA» sein (Informationsbulletin Nr. 11/1969).

Darnach kam nun aber ein Wendepunkt bezüglich der Traktandenliste für die Sicherheitskonferenz.

Als sich die Aussenminister der Sowjetblockstaaten am 30./31. Oktober in Prag trafen, kümmerten sich die Sowjets nicht weiter um die von der Weltkonferenz festgehaltenen Programmpunkte und empfahlen eine Tagesordnung, die viel bescheidener war als die bisherigen Forderungen: Sie reduzierte sich auf zwei Punkte:

1. Schaffung eines Sicherheitssystems unter Verzicht auf Anwendung von Gewalt oder Drohung mit Gewalt;
2. Erweiterung gleichberechtigter Beziehungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet.

Vorgeschlagen wurden sofortige Konsultationen, damit die Konferenz im ersten Halbjahr 1970 in Helsinki stattfinden könne (Finnland hatte sich dazu bereit erklärt).

In diesem Programm — zehn Monate vor dem deutsch-sowjetischen Vertrag — fehlte der Deutschlandpunkt und die bis anhin ständig betonte Voraussetzung einer Anerkennung des Status quo. Natürlich waren die früheren Forderungen damit, dass man sie nicht wiederholte, keineswegs annulliert oder widerrufen.

Der letzte kollektive Schritt folgte dann auf der Budapester Tagung der osteuropäischen Aussenminister im Juni 1970.

Sie erliess ein Memorandum an die europäischen Staaten, in welchem die in Prag empfohlene Traktandenliste — auf Wunsch «mehrerer» Staaten — um einen Punkt erweitert wurde. Die Liste hatte nunmehr folgendes Aussehen:

- a) Garantie der europäischen Sicherheit unter Ablehnung von Gewaltanwendung und Gewaltdrohung;
- b) Ausdehnung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwecks Förderung einer politischen Zusammenarbeit;
- c) Gründung eines Organs für organisatorische Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit, für Kontrolle usw.

(Interessant ist hierbei auch die offene Erwähnung der politischen Zusammenarbeit als Zweck der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Was die UdSSR unter politischer Zusammenarbeit versteht, beweist sie in Osteuropa.)

(Fortsetzung folgt)

Dank

Herzlichen Dank für Ihr spontanes Mitmachen bei unserer Aktion «Geschenk-Gutschein». Wir haben noch einige dieser Gutscheine vorrätig. Rufen Sie uns bitte an!

031
43 12 12*



* Die Telefonnummer für das Geschenk in letzter Minute:

Bücher (geschenkfertig verpackt) oder ein Büchergutschein aus der Buchhandlung SOI oder —

ein Geschenkabonnement auf ZeitBild (bis Ende Jahr zum Vorzugspreis von Fr. 24.—).

Telefonieren Sie uns — Sie werden rasch bedient!

BUCHHANDLUNG SOI
und ZEITBILD-Administration